

Porte und ihren theilnehmenden Freunden nicht zu bange. Aber auch ohne sie werde der deutsche wirtschaftliche Einfluß sich weiter ausdehnen. Die deutschen Arbeiterbataillone werden Kleinfestungen erobern.

Der Münchener „Allg. Ztg.“ wird noch gegenüber der Nachricht, der Kaiser habe in Konstantinopel irgendwelche wichtige politische Abmachungen mit dem Sultan getroffen, aus Berlin telegraphirt: Dies ist in keiner Weise der Fall. Nur die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei seien aufs neue befestigt worden, Beziehungen, die vor aller Welt offen liegen.

Die Arbeit des Cassationshofes.

Paris, 9. Nov. Der Cassationshof scheint entschlossen, die Untersuchung so schnell als möglich zu führen; er hält heute seit 9 Uhr Vormittags eine Sitzung ab, um den früheren Kriegsminister Cavaignac zu vernehmen, dessen Verhör noch andauert. Die Sitzung wurde nur durch eine Frühstückspause unterbrochen. Zur Verhinderung von Indiscretionen sind andauernd die strengsten Maßregeln getroffen.

Wie die Pariser Blätter melden, wird der bei einem Gerichtssozialisten beschlagnahmte, auf Pauspapier gedruckte Brief Esterhazy als wichtiges Beweisstück angesehen. Das Pauspapier ist quadrillirt und äußerst selten. Im Jahre 1894 war es dem Polizeicommissar Cochereau unmöglich, bei hiesigen Händlern und Fabrikanten eine einzige Probe davon aufzutreiben.

Der Cassationshof hat beschlossen, falls die Aussagen der früheren Kriegsminister Widersprüche aufweisen, eine Commission ins Kriegsministerium zu entsenden, um die Aussagen Freycinet entgegen zu nehmen. Heute ging uns ferner folgende Drahtmeldung zu:

Paris, 10. Nov. (Tel.) Wie verlautet, soll das Mitglied der Criminalkammer des Cassationshofes Aithallin gestern Nachmittag einen Agenten des Spionagedienstes verhört haben, welcher dem Obersten Henry den Bordereau geliefert haben soll, auf Grund dessen Drenfus verurtheilt sei.

Paris, 10. Nov. Wie die Blätter melden, hat der beschlagnahmte Pauspapierbrief Esterhazy in jeder Hinsicht eine frappante Aehnlichkeit mit dem Bordereau. Der Brief ist an einen Geschäftsmann gerichtet, welcher Esterhazy im Namen seiner Gläubiger verfolgte. Esterhazy erklärt darin, er gehe demnächst nach dem Lager von Chalons ab und werde in einigen Wochen im Stande sein, seine Schulden zu bezahlen.

Dem „Figaro“ zufolge beschloß der Cassationshof, die verschiedenen Angaben und Protokolle von Offizieren, welche mit Lebrou-Renault über angebliche Geständnisse des Drenfus gesprochen haben, in seiner Untersuchung nicht zu berücksichtigen.

Einen psychologischen Beitrag zur Drenfusgeschichte liefert das Blatt „Droits de l'homme“, indem es die zur Zeit des Zola-Prozesses nur flüchtig bekannte Geschichte, wie sich die Putsch der Gloriette im Jahre 1892 für die Abweisung eines Heirathsantrages rächte, vervollständigt. Nachdem du Paty durch die Vermittelung des Generals Dapoult d'Auerstaedt gerungen worden war, die Briefe des 16jährigen Fräuleins des Comminges durch eine verheiratete Dame zurückzugeben zu lassen, verfolgte er die Familie des Comminges mit anonymen Briefen, die er an gemeinsame Bekannte richtete und die bei diesen den Glauben erwecken sollten, daß Fräulein de C. ein anstößiges Leben führe. Ihr Vater erhielt von seinen Freunden einige dieser Briefe und zeigte sie Picquart, der in seinem Hause verkehrte. Dieser erkannte die Schrift seines Collegen du Paty, ohne zu wissen, daß er ein abgewiesener Freier sei. du Paty wurde nun polizeilich überwacht und bei einem Postamt überführt, wo er einen anonymen Brief aufgab. Auf sein Verprechen hin, seine Mäntel einzustellen, wurde die Sache vertuscht, aber du Paty wurde von da an zum unverwundlichen Feinde Picquarts.

Die Russen in der Mandschurei.

London, 10. Nov. Nach einer Meldung der „Times“ aus Niutschwang ist Lord Beresford dort am 4. November eingetroffen. Handel treiben die Russen dort nicht, wohl aber üben sie eine rege Thätigkeit beim Eisenbahnbau aus und haben das Gebiet militärisch in der Gewalt. Im Vertragshafengebiet stehen bewaffnete Kosaken, an der Bahn patrouilliren Kosaken und längs der ganzen Bahn durch die Mandschurei stehen russische Militärposten.

Wahlen in der Union.

Newyork, 9. Nov. Gestern haben in der Union die Wahlen zur Repräsentantenkammer, außerdem in 33 von 45 Staaten die Wahl der Einzellegislaturen, in 16 Staaten Gouverneurswahlen stattgefunden. Die bis jetzt nur erst unvollständig vorliegenden Meldungen zeigen, daß in den Staaten Californien, Colorado, Connecticut, Kansas, Idaho, Massachusetts, Michigan, New Hampshire, New Jersey, Nevada, Norddacia, Pennsylvania, Wisconsin und Wyoming sämtlich republikanische Gouverneure gewählt sind, dagegen in Südcarolina, Texas und Tennessee demokratische Gouverneure. In Nebraska und Minnesota sind Fusionisten gewählt. Es bestätigt sich, daß Roosevelt zum Gouverneur von Newyork gewählt ist. Laut Wahlnachrichten, die bezüglich der Wahlen zu den Einzelstaatslegislaturen eingegangen sind, ist im Senat der Vereinigten Staaten die republikanische Majorität gesichert. Nach unvollständigen Meldungen über die Wahlen zum Repräsentantenhaus ergibt sich ein Anwachsen der demokratischen Stimmen, obwohl es sicher erscheint, daß die republikanische Majorität im Repräsentantenhaus erhalten bleibt. Im Staate Newyork gewannen die Demokraten zehn Sitze.

Newyork, 9. Nov. In Folge von Meldungen weiterer demokratischer Siege werden sich im Repräsentantenhaus die Gegensätzlichkeiten ganz beträchtlich verschärfen. Das Endresultat ist noch unbestimmt. Nach der letzten Zusammenstellung sind 179 Republikaner und zusammen 166 Demokraten, Silber-Republikaner und Populisten gewählt. Der neue Senat wird bestehen aus 52 Republikanern, 27 Demokraten, 5 Populisten und 4 Silber-Republikaner; 5 Sitze sind unentschieden. Der neu gewählte Gouverneur von Nebraska ist nicht Unionist, sondern Republikaner. In Texas wurden bei einer Schlägerei 6 Personen getödtet und 4 verwundet. Die Demokraten gewannen 4 Sitze.

Deutsches Reich.

* [Es geht auch ohne Schieß- und Stech-Ertrag!] Am 1. November cr. ist, erzählt die „Bresl. Ztg.“, auf dem Eisenhüttenwerk „Alte Hütte“ bei Neufahl a. O. zur genaueren Controle des Antrittes und Austrittes der Arbeiter aus dem Werk ein Automat aufgestellt, welcher überflüssig nachweist, welcher Arbeiter und wann er die Hütte betritt bzw. verläßt. Der Zugang zu diesem Automat ist für die große Arbeiterzahl nicht ausreichend genug, auch sonst erschienen den Arbeitern das durch den Automaten ausgeübte rigorose Ueberwachungssystem wohl dicanös, weshalb sie die Neuerungen mit mißtrauischen Augen betrachteten. Mit der Thätigkeit des Automaten am Morgen und Mittag waren sie übrigens zur Noth noch einverstanden, dagegen verlangten sie dringlichst, daß er wenigstens Abends außer Function treten solle. Doch die Hüttenverwaltung nahm von diesem Wunsche der Arbeiter keine Notiz. Ein Theil der Arbeiterschaft gab deshalb seinem Unwillen lauten Ausdruck, doch ohne Ausfärcitungen zu begehen; erst als auf Eruchen der Verwaltung Polizeibeamte auf der Hütte eintrafen, nahmen die Arbeiteransammlungen einen ernstlichen Charakter an. In diesem bedrohlichen Momente wirkte Polizeicommissarius Pohl durch eine verständige, beruhigende Ansprache beschwichtigend auf die erregten Gemüther ein und bewirkte, daß die Arbeiter ruhig auseinandergingen. Was für Folgen entstanden wären, wenn die Polizei mit Säbel und Revolver in der schändlichen Manier vorgegangen wäre, wie sie Minister v. d. Recke den Sicherheitsorganen anempfahlen, ist gar nicht auszubedenken. Die Arbeiteransammlungen haben sich zwar wiederholt, doch lassen die seitens der Direction mit der Arbeiterschaft angeknüpften Verhandlungen erwarten, daß der Conflict gütlich beigelegt wird.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Nov. In dem gestern Vormittag ausgefochtenen Säbelduell zwischen den Abgeordneten v. Sniawoczi und Wolf erhielt ersterer im ersten Gange einen Hieb über den Schädel, und durch das Abgleiten des Säbels einen Hieb über die obere Fläche der rechten Hand. Hierauf wurde das Duell beendet. Die Gegner reichelten sich die Hände. Der Schädelhieb ist leichter, die Verwundung an der Hand schwerer Natur, doch nicht bedenklich.

Das Kaiserpaar in Damaskus.

Damaskus, 9. Nov. Das Festmahl, welches die Stadt Damaskus gestern Abend im Stadthause zu Ehren des Kaiserpaars veranstaltete, nahm einen glänzenden Verlauf. Der Festsaal war mit kostbaren orientalischen Stoffen geschmückt, die Tische mit wertvollen Tafelgeräthen geziert. Gegen Ende der Tafel erschien der Ulema der Stadt Damaskus, Scheich Abdullah Effendi, und pries in längerer Rede den deutschen Kaiser und das deutsche Reich. Durch seinen Besuch habe der Kaiser nicht nur die Dankbarkeit der Osmanen, sondern auch die begeisterte Liebe von dreihundert Millionen Mohammedanern erworben, welche zu dem Ahalifen, als ihrem geistigen Oberhaupt, emporsahen. Glücklich über den Besuch des Kaisers erhebe Damaskus den reichsten Segen des Himmels über das ruhmvolle deutsche Reich und über alle Deutschen.

Der Kaiser erwiderte Folgendes: Angesichts der Sublimitäten, die uns hier zu Theil geworden, ist es mir Bedürfnis, im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin und in meinem Namen für den Empfang zu danken und für alles, was in allen Städten dieses Landes uns entgegengetreten ist, vor allem zu danken für den herrlichen Empfang in der Stadt Damaskus. Tief ergriffen von dem übermächtigen Schauspiel, zugleich bewegt von dem Gedanken, an der Stelle zu stehen, wo einer der ritterlichsten Herrscher aller Zeiten, der große Sultan Saladin, weilte, ein Ritter ohne Furcht und Tadel, der oft die Gegner die rechte Art des Ritterthums lehren mußte, ergreife ich mit Freuden die Gelegenheit, vor allem dem Sultan zu danken für seine Gastfreundschaft. Möge der Sultan und die dreihundert Millionen Mohammedaner, welche auf der Erde zerstreut leben in ihm den Ahalifen verehren, versichert sein, daß zu allen Zeiten der deutsche Kaiser ihr Freund ist. Ich trinke auf das Wohl des Sultans.

Die Rede des Kaisers wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Der Beifall pflanzte sich auf den Platz vor dem Rathhaus fort, wo die Bevölkerung der Stadt auf- und niederwogte. Abends fand prachtvolle Illumination statt.

Der Kaiser sprach nach der Parade seine große Anerkennung über die Haltung der Truppen aus. Namentlich die Artillerie desirte vorzüglich, während die Infanterie und Cavallerie durch ihre großen Leute auffiel. Der Kaiser unterhielt sich eingehend mit dem deutschen Consul Cüttike, einem geborenen Westfalen, der lange Zeit hier anständig ist, über die wirtschaftlichen Verhältnisse Syriens, insbesondere über den deutschen Ausfuhrhandel nach Kleinasien.

Damaskus, 9. Nov. Das Kaiserpaar unternahm heute Vormittag einen Ausritt nach einem Aussichtspunkt in den Bergen, wo selbst Erfrischungen eingenommen wurden. Der Kaiser tritt am Nachmittag noch einmal nach dem Aussichtspunkt, während die Kaiserin eine Fahrt durch die Bazar und um die Mauern der Stadtwälle unternahm. Die Majestäten gedenken morgen nach Balbek zu reisen.

Berlin, 9. Nov. Nach einer Meldung des „Local-Anz.“ aus Madrid dürfte das Kaiserpaar auf der Rückkehr auch in Cartagena an Land kommen.

Berlin, 10. Nov. Die Theilnehmer an der offiziellen Festfahrt zur Einweihung der Erlöserkirche in Jerusalem haben nach dem Besuch von Damaskus noch einen Abrecher nach Athen unternommen und sind auf dem Dampfer „Mitternachtsstern“ heute früh bei jähndstem Wetter dort eingetroffen. Die Rückreise wird von Athen nach Neapel heute Abend angetreten.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 10. November. Wetterausichten für Freitag, 11. November, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Feuchtkühl, vielfach bedeckt, neblig, stichweise Regen. Windig.

Auszeichnungen für Sanitätsdienst.

Der Kaiser verlieh die Rothe Kreuzmedaille 1. Klasse der Kaiserin Auguste Victoria, der Kaiserin Friedrich, der Prinzessin Heinrich, der Erbprinzeßin von Sachsen-Meiningen, der Großherzogin von Baden, der Fürstin

u. Wied, der Gräfin Charlotte v. Jhenpitz zu Haus Tornow, dem Kammerherrn v. d. Ansebeck zu Berlin.

Die Rothe Kreuzmedaille 2. Klasse u. a.: der vermittelten Frau Kammerherr v. Baloch-Rönigsberg, Superintendent Franz Böhnke-Löhen, Generalarzt a. D. Dr. Boretius-Danzig, Major a. D. Engel-Danzig, vermittelten Frau Johanna Enß zu Dirschau, Fräul. Bertha von Gohler-Rönigsberg, Sanitätsrath Dr. Haniel-Elbing, Oberlandesgerichtspräsident Dr. von Holleben-Rönigsberg, Frau Kaufmann Natalie Marschewski-Gensburg, Frau Gräfin Marie v. Mirbach-Gorquitten, Polizeirath a. D. Möbius-Rönigsberg, Frau Prof. Emma Witko in Culm, Frau Sanitätsrath Bertha Müller-Rönig, Frau Gräfin v. Lehnordoff auf Schloß Preuß (Kreis Fischhausen), vermittelte Frau Landrath von Sanden und Fräul. Margarethe v. Sanden (Ragnit), vermittelte Frau Kammerherr Anna Schmidt v. Schmiedeseck zu Wopladen (Kreis Rastenburg).

Die Rothe Kreuzmedaille 3. Klasse u. a.: Fabrikdirector und Stadtvorordneten Gustav Adolf Davidsohn, Baugewerksmeister Emil Herzog, Rentier August Hinzmann, Gymnasial-Oberlehrer Prof. Gustav Markull, städtischer Bauaufseher Emil Puhke, sämtlich in Danzig, Pfarrer Eduard Ebel-Graudenz, Gräfin Wilhelmine Fink v. Finkenstein auf Schönberg (Kreis Rosenberg), Frau Buchdruckereibesitzer Olga Hopp-Dirschau, Frau Landrath Margarethe Jachmann-Golbap, Besitzer Gottfried Ruhn-Trunz (Kreis Elbing), Frau Rentnerin Minna Langsfeld-Marienburg, Eisenbahnstationsassistent Albert Lehmann-Elbing, Zimmermann Karl August Cullen zu Neukirch-Niederung (Kreis Elbing), Stabsarzt a. D. Dr. Nehbel-Rönigsberg, Frau Rittergutsbesitzer Rosa v. Niphomski-Bremm (Kreis Schwedt), Frau Landstallmeister v. Dettingen-Trakehnen, Frau Bürgermeister Amanda Toltski-Graudenz, Schuhmacheremeister, Hausbesitzer Joh. Aug. Rehberg-Elbing, Frau Pfarrer Richter-Fischhausen, Frau Elise Freisrau Schoultz v. Achraden zu Adlig Neudorf (Landkreis Rönigsberg), Frau Amtsgerichtsrath Rosa Schrage zu Löben, Eigenthümer Abraham Schulz zu Penjen (Kreis Elbing), Stabsarzt der Reserve Dr. Louis Senger zu Pr. Holland, Frau Rittergutsbesitzer Elma von Sperber-Skaiden (Kreis Ragnit), Föneraurla lieutenant Marie v. Stülpnagel-Rönigsberg, Schneidermeister Adolf Böhlau zu Bromberg, Frau Landrath Clara v. Bonin, Zieglemeister Wilhelm Frömming zu Bromberg, Commerzienrath Goethe zu Jomowlad, Glasermeister Albert Gumbach zu Bromberg, Fräulein Anna Hähnig zu Kolberg, Zahnarzt Dr. Eugen Klemich zu Bromberg, Fleischermeister Friedrich Kobs zu Schöndorf (Kreis Bromberg), Frau Landchaftsdirector Hildegard v. Rötter geborene v. Waldow zu Dörschen (Kreis Rauenburg), Frau Maurermeister Leopoldine Köppel zu Krotzschin, Kaufmann Bernhard Korth zu Bromberg, Frau Bürgermeister Amanda Polski zu Graudenz, Frau Rentier Reinert zu Reidenburg.

* [Stadtvorordnetenwahl.] Das heute Vormittag von den Wahlvorständen unter Vorsitz des Herrn Stadtrath Helm auf dem Rathhause ermittelte und offiziell verkündete Resultat der gestrigen Wahl zeigt gegen unsere Zusammenstellung in der gestrigen Nummer nur wenige, und zwar unwesentliche Abweichungen. Die Gesamtzahl der Stimmenenden ist auf 1225 ermittelt, darnach würde die absolute Mehrheit 613 betragen. Herr Kaufmann Ediger ist mit 620 Stimmen, wie wir angegeben haben, gewählt. Auf die engere Wahl kommen, wie wir gleichfalls richtig angegeben haben, die Herren Stations-Assistent a. D. Rose-Schidlich mit 491 und Ziegeleibesitzer Hah-Langfuhr mit 453 Stimmen. Die nächst meisten Stimmen erhielten: Herr Krupha-Neufahrwasser mit 418 und dann die Herren Ferd. Janßen 103, Fried. Janßen 91, Rotal 82, Schummel 38, Grenkowiß und Hufe je 33, Riender 31. Auf den eine Wiederwahl ablehnenden Herrn Stadtvorordneten Lenz fielen 17 Stimmen und ferner 25 Stimmen hatten sich auf verschiedene Personen vertheilt.

Die Stichwahl ist, wie wir hören, vom Magistrat auf den 30. November anberaumt worden.

* [Provinzial-Ausschuß.] In den gestern und vorgestern abgehaltenen Sitzungen des Provinzial-Ausschusses der Provinz Westpreußen wurde zunächst der Ent- und Bewässerungs-Genossenschaft des Routhomnikathales zu Wiesenhal (Ar. Berent) eine Beihilfe von 1000 Mk.; zur Regulirung eines Abzugsgrabens in der Gemarkung Budisch (Ar. Stuhm) 2000 Mk.; zur Herstellung des Zufuhrweges nach dem Bahnhof Frenstätt (Ar. Rosenberg) 2000 Mk. bewilligt. Die Jahresrechnungen der Landeshauptkasse pro 1897/98 sollen dem Antrage gemäß dem Provinzial-Landtage zur Genehmigung vorgelegt werden. Desgleichen diejenigen der Provinzial-Anstalten für denselben Zeitraum; doch wurden zunächst noch diejenigen der Provinzial-Taubstummen-Anstalten in Marienburg und Schlochau abgelehnt. Als Director der Provinzial-Irren-Anstalt in Schwedt wurde der bisherige zweite Arzt Dr. Schauen angestellt. Ferner als Assistenzarzt an der Anstalt in Conradstein der bisherige Volontearzt Dobrick und als Volontearzt Dr. med. Sturmhöfel. Dem Verein Palästina Albertina in Rönigsberg wurde eine Beihilfe für Anbringung des westpreussischen Wappens in einem der Hauptfenster der Anstalt bewilligt. In den Bezirksausschuß für den Regierungsbezirk Marienwerder wurde Herr Bürgermeister Köhrke-Flatow als Mitglied und Herr Erster Bürgermeister Rühnast-Graudenz als dessen Stellvertreter gewählt. Als Termin für den nächsten Provinzial-Landtag soll der 19. März n. J. in Vorschlag gebracht werden. Der Vorschlag der meist. landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft pro 1899, balancirend mit 745000 Mk. in Einnahme und Ausgabe, wurde geprüft und hiernach festgestellt. Die in der Hauptverwaltung und bei den Provinzial-Anstalten vorgekommenen Ueberschreitungen der Vorschläge wurden, soweit dies nicht schon geschehen, geprüft und beschlossen, dieselben dem Provinzial-Landtage gegenüber zu vertreten. Die Vorschläge zur Unterhaltung der Provinzial-Chauffeen pro 1899 und 1900, welche mit 537 660 Mk. abschließen, wurden geprüft und zur Einstellung mit den resp. Beträgen in den Hauptetat genehmigt. Dem Kreis Strasburg wurde für eine Chauffee von Guryno nach Rast und für die Anschlußstraße nach Forstrevier Rühda eine Prämie von 4 Mk. pro laufenden Meter definitiv bewilligt. Für die Chauffeelinien von Dombromben über Budech nach Friedebach und von Pustka-Dombromben über Mahlkau nach Rohnsdorf wurde dem Kreis Strasburg eine Pro-

vinzialprämie in Aussicht gestellt, dagegen ein Antrag auf Bewilligung einer Beihilfe aus dem Gemeinde-Wegebaufonds zum Ausbau des Zufuhrweges von der Kreis-Chauffee Strasburg-Graudenz nach der Domäne Strasburg abgelehnt. Dem Kreis Löbau wurden zu einer Pflasterstraße von Neumark nach Mongromisch und einer Kies- bzw. Pflasterstraße innerhalb der Ortschaft von Sartomisch Beihilfen von 1000 bzw. 500 Mark bewilligt; ferner der Entwässerungs-Genossenschaft zu Partyn (Ar. Berent) zur Regulirung der Fische von der Lippichner bis zur All-Fischer Brücke ein Zuschuß von 5000 Mark unter der Bedingung, daß die Staatsregierung sich mit einer Beihilfe von 6000 Mark an dieser Melioration theiligt. Schließlich wurde noch zum Bau eines Krüppelhäusels in Bischofswerder eine Beihilfe von 6000 Mark bewilligt.

* [Uebungsfahrt.] Das zur hiesigen Referendivision gehörige Panzer-Kanonboot „Skorpion“ ist auf einer Uebungsfahrt in Memel eingetroffen. Heute oder morgen kehrt es nach Neufahrwasser zurück.

* [Strandung.] Der Dampfer „Aria“, von Kopenhagen mit einer Ladung Kalksteine von Limhamn nach Neufahrwasser bestimmt, ist gestern bei dichtem Nebel in der Nähe vom Leuchthurm Scholpin gestrandet. Ein Regierungsdampfer soll versuchen, den Dampfer abjuringen.

* [Zum Stapellauf des Kanonenboots „Erfah Hyäne.“] Mit dem ich für den 19. d. M., Vormittags 11 Uhr, auf der Schloßwerft festgesetzten Stapellauf des neuen Kanonenboots wird in diesem Jahr für unsere Flotte das vierte Kriegsschiff zu Wasser gelassen werden. „Erfah Hyäne“ wurde der Schloßwerft im August vorigen Jahres seitens des Reichsmarineamts zum Bau übertragen; seine Fertigstellung hat mithin etwa Jahresfrist gedauert, da der Bau des Schiffes nicht sofort nach dem Zuschlag in Angriff genommen werden konnte, weil erst die Materiallieferungen eingeleitet werden mußten. Die völlige Fertigstellung des Schiffes soll bereits Mitte Februar des neuen Jahres stattfinden. „Erfah Hyäne“ ist ein Schwesterschiff des Kanonenboots „Alis“, das dieser Tage seine Probefahrt hält. Es bleiben nunmehr von unseren Neubauten noch acht Schiffe auf dem Stapel, von denen sich drei auf Danziger Werften befinden. Letztere sind die beiden Kanonenboote „Erfah Wolf“ und „Erfah Habiht“ auf unserer kaiserlichen Werft und der große Panzerneubau auf der Schloßwerft, den dieses Etablissement bis zum 1. Februar des Jahres 1901 fertigstellen hat. „Erfah Hyäne“ soll — wie auch „Alis“ — nach seiner Bauvollendung zum ersten Dienst nach den ostasiatischen Gewässern in See gehen.

* [Parole.] Auf dem Wiesenplatze fand heute Mittags große Parole statt, bei der die neu avancierten Offiziere vorgestellt wurden. Die gesamte Generalität, fast das ganze Offiziercorps, Abordnungen sämtlicher Truppentheile der Garnison sowie die Kriegsschüler wohnten der Parole-Ausgabe bei.

* [Preuß. Klassen-Lotterie.] Bei der heute Vormittag fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse der 199. preuß. Klassen-Lotterie fielen:

- 1 Gewinn von 15 000 Mk. auf Nr. 108 991.
- 1 Gewinn von 10 000 Mk. auf Nr. 124 996.
- 3 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 123 669 175 590 183 166.
- 39 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 277 8175 8192 8882 12 155 12 692 12 779 14 062 18 568 20 626 21 305 22 353 26 092 67 185 74 016 96 560 104 328 104 855 121 773 122 701 132 572 142 600 143 432 152 106 152 638 167 239 169 873 180 138 180 989 182 706 189 429 197 042 198 793 201 009 211 238 218 787 219 430 219 994 221 886.

* [Haus- und Grundbesitzerverein.] In einer zahlreich von Mitgliedern und auch von Gästen, unter denen sich auch die Herren Abgeordneten Richter und Ehlers befanden, besuchten Versammlung wurde gestern Abend über die „Befestigung von Maarenhäusern“ verhandelt. Nachdem der Vorsitzende Herr Bauer darauf hingewiesen hatte, daß der Verein an dieser Angelegenheit deshalb ein Interesse habe, weil durch die Unterdrückung der kleinen Geschäftsteile die Hausbesitzer eine Entwerthung ihrer Güter zu befürchten hätten, referirte Herr Guhr über den gegenwärtigen Stand der Befestigungsangelegenheit. Er wies darauf hin, daß diese Sache bereits auf dem Verbandstage der Haus- und Grundbesitzervereine in Wiesbaden verhandelt worden sei, wo, wie wir f. J. berichtet haben, die Meinungen für und gegen eine Befestigung der Maarenhäuser sich ziemlich gleich gegenüberstanden, so daß ein Beschluß verfaßt wurde. Der Referent citirte dann die Ausführungen des Herrn P. Erfurt, der zu dem Schlusse kommt, daß eine neue Steuer garnichts helfen würde, da es den Inhabern der Maarenhäuser leicht gelingen werde, dieselbe auf die Fabrikanten und Consumanten abzuwälzen, wodurch nicht allein die ärmsten Leute darunter leiden müßten, sondern auch die Industrie geschädigt würde, deren Devisen allmählich wieder das verdrängte „billig und schlecht“ werden würde. In Paris, wo eine Befestigung der Maarenhäuser eingeführt worden sei, habe sich dieselbe in keiner Weise bewährt, in Hamburg sei sie von der Bürgererschaft abgelehnt worden, in Dresden sei ihre Einführung zwar beabsichtigt, aber man sei sich noch nicht darüber klar geworden, wie die Steuer beschaffen sein solle, ferner habe sich auch der sächsische Städteetag für eine Befestigung der Maarenhäuser ausgesprochen. Herr Guhr schloß dann absehnend, das der Ausdruck „Ramschbazar“ davon herühre, daß ein Kaufmann einen Posten Waare „im Ramsch“ kauft, d. h. nicht allein die ausserlesenen guten Exemplare, sondern auch diejenigen mit Fabricationsfehlern mit übernehme und deshalb die Waare billiger bekomme. Da diese Fabricationsfehler vielfach nur Schönheitsfehler seien und die Brauchbarkeit der Waare nicht verminderten, so würden derartige Artikel gern gekauft. Die Ramschbazar führen neben diesen auch gute Waaren, doch sind diese mit Ausnahme von einigen Artikeln, die als „Lodwögel“ dienen, nicht billiger als in anderen Geschäften. Aber auch aus dem Grunde sei gegen eine Befestigung, weil er es nicht für richtig halte, Steuern dem Staat oder der Commune auf dem Präsentirteller entgegen zu bringen, namentlich eine so schwankende, wie die Befestigung der Maarenhäuser, aus welcher ein schneidiger Finanzminister oder Kammerer alles Mögliche machen könne. Der Referent schlägt schließlich die Annahme folgender Resolution vor:

„Der Haus- und Grundbesitzer-Verein zu Danzig ist nicht der Ansicht, daß die Einführung selbst einer namhaften Umsatzsteuer für größere Maarenhäuser den kleineren Geschäftsbetrieben eine wesentliche Hilfe zu Theil wird, auch ist er der Ueberzeugung, daß durch eine derartige Steuer reelle große Geschäfte hart betroffen werden, ohne daß dadurch den sogenannten Ramschgeschäften besonders Abbruch gethan wird.“

Herr Bauer ist der Meinung, daß der Nachtheil, den die großen Maarenhäuser mit sich bringen, doch größer sei, als der Referent angenommen habe. Er wisse zwar auch nicht, ob dem durch eine Steuer abge-

helfen werden könne, aber es sei doch notwendig, eine Abhilfe ins Auge zu fassen, da die soliden Leute doch zu bedeutend geschädigt würden. Er würde es deshalb nicht für nötig halten, die Verammlung sich von vornherein auf einen abnehmenden Standpunkt zu stellen. — Herr Neumann weist auf seinen eigenen Geschäftsbetrieb die Schädigung durch die großen Warenhäuser nach. Die verkaufen z. B. Markthörbe, die er nicht unter 2 Mk. abgeben könne, zu einem sehr billigen Preise. Freilich sei das Schundware, die nicht lange vorhalte, aber das Publikum, das einmal auf diese Weise hineingefallen ist, kauft dann überhaupt keine Körbe mehr und dadurch wird die Korbmacherei schwer geschädigt. Ähnlich ist das auch mit kleineren Korbwaren. Deshalb dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen und die Behörde müsse Schritte thun, um den mittleren und kleinen Geschäftsinhabern zu schützen. — Herr Krawinkel ist der Ansicht, im Grunde drehe sich die Frage doch darum, daß der kleine Kaufmann nicht im Stande sei, mit der großen Kapitalmacht, die in den Warenhäusern stehe, erfolgreich in Konkurrenz zu treten. Man könne nicht sagen, daß manche Manipulationen derselben, die an sich nicht zu billigen sei, auch für das Publikum unvorteilhaft ausfalle. Redner erwähnte als Beispiel hierfür eine Geschichte, die sich zwischen Wertheim und Silka in Berlin abgespielt habe. Uebrigens findet man auch in anderen Geschäften ähnliche Geschäftspraktiken. So verkauft z. B. ein Kaufmann Streupuder unter dem Einkaufspreis, aber nur an diejenigen, die auch andere Waren von ihm nehmen, und bei diesen schlägt er den Preis wieder heraus. Derartige Manipulationen werden aber kein Gesch. hindern können. Eine Besteuerung der Warenhäuser sei jedenfalls eine sehr zweifelhafte Maßregel, die man sich vorher genau überlegen müsse. — Herr Stecher theilt dann mit, daß auch ihm der Handel zwischen Silka und Wertheim erzählt worden sei, allerdings habe ein Rechtsanwalt Friedmann öffentlich erklärt, die Geschichte beruhe auf einer Erfindung. — Herr Abg. Richter erklärt, er wolle mit seinem Urtheil zurückhalten, denn es ergehe ihm ebenso wie dem Finanzminister Herrn Miquel, der im Landtage erklärt habe, er habe aus der Verhandlung keinen positiven verwertbaren Vorschlag gehört. Damals habe der Generaldirector der direkten Steuern, Herr Burghart, Mittheilungen über die Erklärungen gemacht, die in Frankreich, wo man 1880 die Besteuerung der Warenhäuser eingeführt und 1889, 1890 und 1893 erhöht habe, beobachtet worden seien. Ein Magazin zahlte 1880 261 000 Frs., 1893 933 000 Frs., ein zweites zahlte 1880 270 000 Frs., 1893 800 000 Frs., und das Resultat dieser enormen Besteuerung ist gewesen, daß der Umsatz dieser Magazine fortwährend gewachsen ist. Das Magazin von Marché, welches 1880 einen Umsatz von 70 Mill. Francs hatte, hatte später einen solchen von 170 Mill. Der Abg. Gothein erzählte in derselben Sitzung, daß in Breslau seitens der Handelskammer eine Enquete angestellt worden sei und eine Anzahl der am meisten klagenden Detailhändler zu den Beratungen hinzugezogen worden seien. Nachdem alle Vorschläge geprüft worden seien, habe sich schließlich doch kein praktikabler Weg ergeben. Herr Miquel habe erklärt, es sei bedenklich, die Sache von Staats wegen zu regulieren, das sei eine Sache der Communen. Was sei eigentlich ein Warenhaus? Der Begriff sei willkürlich und schwankend, denn in Dörfern und kleinen Städten seien die Geschäftsleute genöthigt, vielerlei Waaren zu führen, um den Wünschen des Publikums entgegen zu kommen. Diese werde man doch nicht als Warenhäuser in dem in Frage stehenden Sinn ansehen. Der Finanzminister hat die Vertreter mehrerer Communen zu einer Conferenz berufen, um über die Besteuerung der Warenhäuser zu beraten. Was dabei herausgekommen sei, wisse er nicht, denn es sei über die Verhandlungen Amtsgeheimniß proclamirt worden. Das fieserliche Mittel, um der Konkurrenz der großen Warenhäuser zu begegnen, bleibe vorläufig noch immer die Aufklärung und die Erziehung des Publikums. Man müsse demselben öffentlich klar machen, daß es für sein gutes Geld Schundware kaufe, wo ein solcher Vorwurf begründet sei, der Kleinbetrieb könne sich auch, wie dies von einer Seite vorgeschlagen sei, genossenschaftlich vereinigen. Der Kleinbetrieb sei keineswegs dem Untergange geweiht. Die Statistik beweise, daß eine Besteuerung der Warenhäuser dem Kleinbetriebe nichts hilfe, im Gegentheil; das hat das Beispiel von Paris gezeigt, darum bleibt, bis etwas Besseres gefunden ist, nichts weiter übrig, als die Aufklärung des Publikums. Principiell sei er nicht gegen die Besteuerung. Er warte aber brauchbare Vorschläge ab. — Herr Abg. Ehlers warnt vor dem Glauben, daß man durch Besteuerung die Welt besser machen könne. Eine Steuer sei dazu da, um Bedürfnisse zu decken, und deshalb gehe jeder Nebenverdienst verloren, weil das fieserliche Interesse dagegen spreche. Wenn eine Steuer deshalb eingeführt wird, um einen Umsatz zu vermindern, so wird jeder Finanzmann sagen, es ist doch schade, daß ich den Ertrag aus dieser Steuer verlieren soll, und die Folge davon ist, daß die Steuer gepflegt wird, wie es das Beispiel des Tabaksmonopols bewiesen hat. Wenn Sie mir das Räthsel lösen können, wie man eine Steuer mit Gewalt zurückdrängen und dennoch aus ihr gute Erträge ziehen soll, so würde ich Ihnen sehr dankbar sein. Die Verhandlungen der von Herrn Richter erwähnten Conferenz sollen dem Amtsgeheimniß unterliegen. So etwas gelingt selten, es scheidet doch immer etwas durch. Wenn nun gar nichts über die Conferenz verlautet, so kann ich den Verdacht nicht unterdrücken, die Herren haben überhaupt nichts zu verathen. Das Schwergewicht liegt beim Publikum, Consumenten und Producenten müssen erkennen, daß ihre Interessen gemeinschaftlich sind. Die ersten sollen daran denken, daß ihr Egoismus, so billig wie möglich zu kaufen, nicht immer vortheilhaft ist, und die anderen sollen sich klar machen, daß ein Geschäft nicht auf die Dauer bestehen kann, wenn der Inhaber nur das eine Bestreben hat, so bald als möglich reich zu werden. Auch er halte die Erziehung des Publikums vorläufig für den einzigen Weg zur Bekämpfung der Uebermacht der Warenhäuser und hält den Einwand, daß dieses unmöglich sei, für pessimistisch. Jedenfalls bedauere er, nicht in Aussicht stellen zu können, daß in dem Etat des nächsten Jahres schon eine Umsatzsteuer enthalten sein werde. — Herr Winkelhausen hofft, daß unsere Abgeordneten die Interessen der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden gegen die Warenhäuser und die großen Consumvereine vertreten würden, denn auf irgend eine Weise müsse etwas gehan werden, sonst verlohne der Mittelstand vollständig. — Herr Geh. Commerzienrath Damme spricht sich gegen eine Besteuerung der Warenhäuser aus, denn einmal könne man nicht definiren, was eigentlich ein Warenhaus sei, dann aber könne man den großen Umsatz doch nicht durch eine Extrasteuer belasten, denn das wäre sonst eine Besteuerung der Intelligenz. Schließlich erwähnte er die kleinen Gewerbetreibenden, das Pumpsystem aufzugeben und dem Beispiel der Warenhäuser zu folgen, welche nur gegen baar verkaufen, damit wird schon viel gebessert werden. — Herr Egke meint, ein Warenhaus sei dann vorhanden, wenn das Großhaptital sich vereinigt, um Detailhandel zu betreiben. Nachdem noch die Herren Sauer, Ehlers, Wig und Richter gesprochen hatten, wurde folgende von Herrn Bauer formulirte Resolution einstimmig angenommen:

„Die Verammlung erkennt die Schädigung durch die Warenhäuser an, ist aber nicht in der Lage, hiergegen bestimmte Vorschläge zu machen und sieht deshalb von einer bestimmten Stellungnahme ab.“

Zum Schluß hielt Herr Ingenieur Stiller, der bei der Firma Siemens u. Halske beschäftigt ist, einen Vortrag über die Anwendung der Electricität für Beleuchtung und wirtschaftliche Zwecke in Wohnungen und Gewerbetrieben mit besonderer Darlegung der hygienischen Vortheile. Der Vortrag, welchen Herr Stiller durch Beispiele aus dem praktischen Leben und

durch Demonstrationen an Geräthen erläuterte, fand lebhaften Beifall.

* [Unfall-Schiedsgericht.] In der unter dem Vorsitz des Herrn Regierungs-Assessors v. Henning heute stattgefundenen Sitzung des Schiedsgerichts die Section I der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft standen 12 Unfallschiedsachen zur Verhandlung. In drei Fällen wurde die Genossenschaft zur Rentenzahlung bezw. Gewährung einer höheren Rente verurtheilt, in sieben Fällen erfolgte Klageabweisung und in zwei Fällen wurde Beweishebung beschlossen.

* [Kreisynode.] Unter dem Vorstehe des Herrn Superintendenten Dr. Claus-Praust wurde heute Vormittag im Sitzungssaale des Kreishauses die Kreisynode Danziger Höhe abgehalten. Nach Erledigung von Rechnungssachen wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Der Herr Vorsteher erstattete Bericht über die kirchlichen und sittlichen Zustände in der Diöcese. Nach demselben fanden im verfloffenen Jahre im Bezirk der Synode 696 Confirmationen, 14 159 Communanten und 820 kirchliche Beerdigungen statt. An Collectengeldern gingen 3031.45 Mark (gegen 2051.73 Mk. im Vorjahre) ein. Ueber das Propendium des Confitioriums: „Wie ist die Bheiligung der Eltern bezw. der Gemeinde bei der Taufe der Kinder und eine Belebung des Patenamtes zu erreichen?“ erstattete Herr Pfarrer Hartwig-Sobomich das Referat und Herr Director Dr. Bonstedt-Jenhau das Correferat. An das Propendium schloß sich eine mehrstündige Discussion und nach Beendigung der Synode vereinigten sich die Herren im Colonialsaale des Danziger Hofes zu gemeinsamem Mittagsmahle.

* [Meher Dombau-Contierie.] In der am 8. d. M. beendigten Sitzung fielen (laut Bericht des Vertreters für Preußen Karl Zeller jun. in Danzig):

2 Gewinne von 1000 Mk. auf Nr. 13 590 30 402.
3 Gewinne von 500 Mk. auf Nr. 16 865 38 697 126 093.
12 Gewinne von 300 Mk. auf Nr. 37 239 47 221 60 082 75 670 89 823 99 826 106 894 109 591 113 412 117 164 120 251 132 217.
17 Gewinne von 200 Mk. auf Nr. 11 588 12 418 12 485 12 574 20 176 40 153 53 040 77 966 87 756 87 872 89 413 89 513 96 350 116 507 124 757 130 634 135 408. (Ohne Gewähr.)

* [Briefkasten-demolirung.] Bekanntlich wurde vor einiger Zeit der frühere Inhaber einer hiesigen Privatbriefbeförderung-Anstalt, Herr Kretel, Rauchs dabei betrogen, als er zwei der hiesigen Reichspostgehörenden Briefkästen durch Einschlagen der vor den Abholzeiten befindlichen Glascheiben beschädigte. Tags darauf wurde K. in Unterzuchungshaft abgeführt und gestern hatte er sich vor dem Schöffengerichte wegen Sachbeschädigung zu verantworten. Er gab die Briefkastenbeschädigungen in beiden Fällen zu und entschuldigte sich mit großer Trunkenheit zur Zeit der That. Diese wurde auch seitens der Anwaltschaft als genügend nachgewiesen angenommen und eine Geldstrafe von 100 Mk. gegen K. beantragt. Der Vertheidiger desselben kam deshalb in die seitene Lage, für seinen Klienten anstatt der Geldstrafe eine Gefängnisstrafe zu beantragen zu müssen. Da letztere durch die erlittene Unterzuchungshaft für verbüßt erachtet werden könne, eine Geldstrafe ließe sich jedoch nicht damit compensiren, so daß, wenn auf eine solche erkannt würde, gewissermaßen eine doppelte Befragung eintreäte. Der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 1 Woche, die jedoch durch die erlittene Unterzuchungshaft als verbüßt zu betrachten ist.

* [Unfall.] Der Arbeitsburche Mag Buh verunglückte gestern in einer hiesigen Schuhwaarenfabrik, indem er mit der linken Hand in die Abfahrmachine gerieth. Er büßte dabei drei Finger ein und mußte nach dem chirurgischen Stadlarath geschafft werden, wofür sich seine Aufnahme erledigte.

+ [Befehlswechsel.] Die chemische Fabrik Peltchow, Dautschohn in Schellmühl hat die angrenzende Alkohobrennerei des Herrn Dohnschy daselbst für den Preis von 45 500 Mk. käuflich erworben.

t. [Strafkammer.] Der Tischler Otto Kellermann, zur Zeit in Danzig, war in der Dorfkastan wegen Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beleidigung angeklagt und zu drei Monat Gefängnis verurtheilt. Hiergegen hatte er Berufung eingelegt. Da Grund zu der Annahme einer Geistesstörung bei Begehung der That vorlag, so wurde die Berufung nach dieser Richtung hin ausgedehnt. Der Thatbestand war folgender: Otto Kellermann war aus Ameron zurückgekehrt und von dem Seebataillon, bei dem er gefandten, entlassen worden. Schon dort war er wegen eines auffallenden Falles von Subordination und Lebensbedrohung bestraft und auch auf Veranlassung der Militärbehörde durch Herrn Geheimrath Zellmann in Rön unterzucht und für schwachsinntig erklärt worden. Er ist dann von Rön der Jrenanstalt Cauenburg überwiesen. Auch hier ist eine Geistesstörung constatirt worden, und zwar durch ein Gutachten von Geheimrath Giebert. Am 10. Juli hatte er von letzterem eine Bescheinigung über seinen augenblicklich gefunden Geisteszustand erfordert behufs Anstellung bei der hiesigen Werft, was damit nach Danzig gefahren und hatte in der Herberge zum „Fremdenverkehr“ Logis genommen. Unter Zurücklassung von Uhr und Schirm war er dann ausgegangen, um Arbeit zu suchen. Inzwischen war es dunkel geworden, der Angeklagte fand den Weg nicht zurück und fragte einen Schuhmann nach der Herberge. Dieser meinte überhaupt eine Herberge und verwies ihn an eine in der Nähe befindliche der Gr. Bäckergasse. Damit war K. nicht einverstanden, er gerieth in Erregung, forberte in brüsker Weise den Schuhmann auf, ihn bis zu seiner Herberge zu begleiten, und als er nicht sofort willfahrte, sprang er auf ihn zu und warf ihn zu Boden. Ein zweiter Schuhmann, sowie der Kaufmann B., kamen dem Beamten zu Hilfe, worauf A. gefesselt und zum Ankerschmiedethurm geführt wurde. Dort soll er noch dem B. eine Ohrfeige versetzt und ein Messer aus der Tasche gezogen, auch die Beamten grob beschimpft haben. Das gestrige Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten zur Zeit der That, am 11. Juli, durch den Gerichtsarzt Herrn Dr. Farnel lautet dahin, daß der Otto Kellermann am Tage der That sich nicht im Besitze der freien Willensbestimmung befunden, sondern eine verminderte Dispositionsfähigkeit bei ihm bestanden habe. Der Gerichtshof erkannte nach diesem Gutachten auf Freisprechung.

Der Baugewerksmeister und Zimmermann B. Conrad aus Danzig war angeklagt, sich durch Vorpiegelung falscher Thatfachen einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschafft zu haben. Herr Conrad war im Jahre 1894 in mifliche Vermögenslage gerathen und mußte die selbständige Ausführung von Bauten aufgeben. Damit wurde er ein Gewerksbaumeister oder Baugewerksunternehmer. Die Einziehung der Beiträge seitens der Bau-Berufsgenossenschaft geschah bisher bei selbstständigen Regiebaumeistern durch Vermittelung des Magistrats Danzig, während die Baugewerksunternehmer direct der nordöstlichen Bau-Berufsgenossenschaft unterstellt sind. Es liegt dabei ein Unterschied in der Höhe der zu leistenden Beiträge, und zwar beträgt die Differenz ungefähr 1:3. In Folge der miflichen Vermögenslage war Herr Conrad mit den Zahlungen zur Vereinskasse im Rückstande geblieben. Die Berufsgenossenschaft schloß ihn daher im Jahre 1895 aus und erklärte durch eine Veröffentlichung im „Intelligenzblatt“ seine Rarte für erloschen. Inzwischen hatten sich die Vermögensverhältnisse bei dem Angeklagten wieder gehoben, er zahlte die rückständigen Beiträge theils in baar, theils durch eine Eintragung auf seinem Grundstücke, einem Neubau in der Weidengasse, und reichte auch die rückständigen Lohnlisten bis zum Jahre 1897 ein, erhop aber bei dem Reichs-Berufsgewerksamt unterm 12. Februar 1898 Bescheid gegen seine Löschung als Regiebaumeister, indem

er darauf hinwies, daß weder im Besche vom 16. Juli 1884 noch in dem vom 11. Juli 1897 ein Paragraph zu finden sei, nach dem er aus der Genossenschaft ausgeschlossen werden könne. Diefem Schreiben waren schon folche im März 1896 und 1897 an die Nordöstliche Bau-Berufsgenossenschaft vorausgegangen, ohne einen Erfolg erzielt zu haben. Auch die Eingabe an das Reichs-Berufsgewerksamt hatte keinen Erfolg. Herr Conrad, so führte das Reichs-Berufsgewerksamt aus, sei bisher in keine bessere Vermögenslage gekommen; er habe dafür noch bisher keinen Beweis erbracht; er habe zwar ein Grundstück verkauft, daraus aber keinen Gewinn erzielt. — Nun entstanden aber Schwierigkeiten mit der Behörde, an die Herr Conrad alle Zahlungen und Lohnabrechnungen fortlaufend unbeanstandet geleistet hatte. Es war ja sogar eine Eintragung auf sein Grundstück erfolgt. Die Behörde war der Magistrat zu Danzig. Derselbe gab, weil Conrad falsche Unterlagen eingereicht und ihn überhaupt durch Vorpiegelung falscher Thatfachen getäuscht hatte, die Controle über ihn auf. Die ganze Sachlage war bei der gestrigen Verhandlung aber auch eine so verworrene, daß der Gerichtshof beschloß, zunächst die beiden Magistratsbeamten Ulrich und Steinberg sowie den Decernenten des Magistrats, Herrn Stadtrath Voigt, zu laden und die Sache zu verlagen. Von der beantragten Ladung des Herrn Oberbürgermeisters wurde Abstand genommen.

Aus den Provinzen.

w. Rosenberg, 9. Nov. [Prophet Eppinger und Genossen.] In der heutigen Verhandlung wurden als Sachverständige über die Auffüllung der Bilanz die Herren Bührer-Reisfor Muscate - Elbing und der Verbandsdirector für Ost- und Westpreußen Rechtsanwalt Molshi-Altenstein vernommen. Die als Zeugen vernommenen Herren Rechtsanwalt Dr. Berner-Ostere, Spring-Danzig und Canrichter Palteske behaupten u. a., daß sie auf Anfrage des Vereins im Jahre 1892 ihr Gutachten dahin abgegeben hätten, daß der Verein nur für Sparkassenbücher mit zwei Unterchriften haltbar sei, und daß fünfjährige Verjährung Platz greife. Für die Herausgabe des Geschäftsbuchabens eines Mitgliedes sei die Bilanz maßgebend. Kaufmann Lange-Rönnigsberg war von 1892 bis 1894 Contreleur der Kasse. Er behauptet, daß nur die Beträge der Bücher mit zwei Unterchriften in die Bilanz aufgenommen worden seien, und daß nach dieser Bilanz der Verein nicht Concurs anmelden brauchte. Kaufmann Alati bezeugt, daß er zu einer Commission gehört habe, die mit den alten Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern behufs gütlicher Beilegung der Kläuber verhandeln sollte. Hierbei habe sich Angekl. E. bereit erklärt, 1000 Mk. aus seiner Tasche zu zahlen. Eine Einigung sei nicht erzielt worden. Verbandsdirector Molshi behauptet, daß er dem Verein den Rath gegeben habe, zur Vermeidung des viel theureren Concurses das Geschäftsbuchabens um 200 Mk. zu erhöhen und 100 Mk. hiervon sofort zu zahlen. Er habe auch den E. auf die Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes hingewiesen, wonach ausgeschiedene Mitglieder nicht mehr zugezogen werden können, und neu eintretende haltbar sind.

Tilfit, 8. Nov. [Falsches Geld.] Gestern sind wieder falsche Einmarkstücke mit gut gelungener Prägung, der Jahreszahl 1876 und dem Münzzeichen G aufgetaucht. Das Falsificat fühlte sich fettig an, klang matt und hat auch nicht das richtige Gewicht.

* [Ueber das Schicksal des Gegelhutters „Nautilus“.] welcher, wie gemeldet, mit zwei Herren am 26. October von Neufahrwasser nach Pillau in See fuhr, ist bisher leider noch immer nichts bekannt geworden. Die Hoffnung auf ein Lebenszeichen der Verunglückten schwindet von Tag zu Tag, es wird vielmehr immer wahrscheinlicher, daß der Rutter mit Mann und Maus untergegangen ist. Von einem erfahrenen Seemann wird heute der „Rönnigsb. Hart. Ztg.“ dazu aus Pillau mitgetheilt, daß das Unglück jedenfalls einer Unachtsamkeit zuzuschreiben ist. Wie es gewöhnlich zu gehen pflegt, wird die Wachsamkeit der Gegelnden durch schönes Wetter eingeschlafert. So mag auch in diesem Falle das Aussteigen einer Bode nicht bemerkt worden sein. Wahrscheinlich ist der Rutter dabei gekentert. Die Injassen des Bootes, kundige Seefahrer, sind beide Rönigsberger.

Bermischtes.

Berlin, 9. Nov. Der „Reichsanzeiger“ berichtet über die Schlagwetterexplosion am 4. November auf der Zeche „Borussia“ bei Lütgendortmund, durch welche zwei Bergleute getödtet und sechs verunndet wurden. Von den Verletzten sind nachträglich noch vier gestorben. Die Ursache der Entzündung ist noch nicht festgestellt. Auf der Wetterstrecke lag nach der Explosion ein Bruch, durch welchen der sonst lebhafteste Wetterzug fast gänzlich unterbrochen war. Erst nach Beheiligung dieses Bruches wird man zu dem Explosionsherde gelangen können. Die bergpolizeiliche Untersuchung des Unglücksfalls ist im Gange.

Antwerpen, 10. Nov. Bei Lagerarbeiten auf der Schelde wurden aus dem Fluß eine Kiste, enthaltend drei Gefäße mit Flüssigkeiten, gezogen, welche ein Geosphyler als Nitroglycerin bezeichnete. Die Gefäße sind in Sicherheit gebracht. Die Untersuchung zur Feststellung der Thatfachen ist eingeleitet.

Zufchriften an die Redaction.

Zur Stadtverordnetenwahl.

„Nur die allergrößten Räuber wählen sich die Richter selber.“

Derzeiten Sie, Herr Redactor, daß ich meine Zufchrift mit obigem Verschen beginne, aber es wollte mir nicht aus dem Sinne kommen, nachdem ich gehört hatte, daß von der sogenannten Bürgerpartei den Wählern im dritten Bezirk Herr Director Brunzen als Candidat für die Stadtverordneten-Versammlung empfohlen worden ist. Diese Empfehlung scheint mir denn doch ein wenig sehr auf der Annahme zu beruhen, daß die Thätigkeit des Herrn Brunzen den Wählern recht wenig bekannt ist. Zwar kenne ich Herrn Brunzen als Privatmann auch nicht und es liegt mir fern, ihm als solchem irgendetwas zu nahe zu treten. Wer sich aber um ein Mandat zur Vertretung öffentlicher Interessen bewirbt, fordert dazu heraus, seine öffentliche Wirkamkeit zu prüfen, weil er nur auf Grund dieser Prüfung Vertrauen beanspruchen darf. Wie sieht es nun damit bei Herrn Brunzen? Ich hatte das Vergnügen, zum ersten Male seine Bekanntheit in einer — Versammlung des Bundes der Landwirthe zu machen. Damals lebte Vater Blöth noch und hatte in seiner temperamentvollen Art gegen die böse Börse gewettert, welche sich von dem Schwelgere des fleißigen Landwirthes maste, und einige andere Agrarier hatten diesen Faden bald größer, bald seiner weitergeponnen. Da erhob sich plötzlich Herr Brunzen, begrüßte die Versammlung „als Danziger Kaufmann“ und sprach seine volle Sympathie mit den Berhebungen des Bundes der Landwirthe aus. Dieser Casus machte mich stutzen und ich habe seitdem das Auftreten dieses eigenartigen

„Danziger Kaufmanns“ eingehender verfolgt. Ich muß ihm das Zeugniß ausstellen, daß er in jenem Fahrwasser eifrig weiter gefegelt hat. Er ist ein Antisemit, wie er im Antisemitismus des Bundes der Landwirthe steht, und hat zu jeder Zeit die bündelrhythischen Forderungen mit dem in jenem Lager üblichen Eifer vertreten. Das ist nun natürlich ein Sport, und ich würde der letzte sein, der jemandem einen Vorwurf deshalb macht, weil er redet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist.

Aber etwas anders liegt die Sache doch, wenn ein so eifriger Vertreter solcher Interessen als Vertreter Danziger Bürger in die Stadtverordneten-Versammlung geschickt werden soll, vielleicht damit Herr Brunzen demnächst extrem agrarische Verjammungen auch „als Stadtverordneter“ begrüßen kann. Das würde ja allerdings noch mehr imponiren und vielleicht auch noch angenehmer überfallen.

Ich beschränke mich darauf, nur einen Grund anzuführen, welcher gegen die Wahl des Herrn Brunzen spricht. In der vergangenen Woche ist der Vorstand des preußischen Städtetages in Berlin zusammengetreten, um über die Berufung eines preußischen Städtetages zu beraten. Der Vorstand, dem ja auch unser Herr Oberbürgermeister angehört, hat nun beschlossen, auf die Tagesordnung des Städtetages die Frage der Fleischversorgung der großen Städte zu setzen, und dieser Beschluß ist wohl von allen Familienvätern, deren Frauen über die unerwünschten Fleischpreise jammern, mit Genugthuung begrüßt worden. Und wie stellt sich der Stadtverordneten-Candidat Brunzen zu dieser brennenden Frage? Das kann man alle Tage in der von ihm geleiteten „Danz. Allgem. Ztg.“ lesen, die nur Hohn und Spott für die Klagen unserer Hausfrauen hat.

Eine einmalige Wahl des Herrn Brunzen würde aber noch andere schwere Bedenken haben. Nehmen wir den Fall an, daß unsere Stadtverordneten sich in einer Resolution oder Petition an die Regierung für Maßregeln zur Winderung oder Beseitigung der Fleischscalamität aussprechen wollten, wobei sie doch sicher fast die ganze Bürgerschaft hinter sich hätten. Nur Herr Brunzen müßte nach seiner bisherigen Wirkamkeit sich breit in den Weg stellen und als intimer Freund der extremen Agrarier recht laut „jährend“ dagegen protestiren — denn das „Schreien“ ist ja eine Grundrechtforderung des Bundes — ein hübsches Bild für die Vertretung unserer Bürgerschaft!

Der Wahlausruf, welchen die Freunde des Herrn Brunzen mir und wahrscheinlich auch sämmtlichen anderen an den Wahlen der dritten Abtheilung theilgeigten Bürgern ins Haus geschickt haben, verlangt, daß Männer in die Stadtverordneten-Versammlung gewählt werden, welche dahin wirken, daß „unsere Vaterstadt wieder aufblühen und der alte Bann, welcher Jahrzehnte über uns gelagert, zerbrochen werde“. Was unter dem „alten Bann“ derer, den der „Rönnig. Schuchmann“ mit attestirt, zu verstehen ist, sagt der Ausruf wohlweislich nicht. Daß aber die diejenigen Kreise, zu denen bisher Herr Brunzen sich besonders hingezogen fühlte, das „Aufblühen unserer Vaterstadt“ als ersten Herzenswunsch nähren, wird so lange beweielt werden dürfen, als ihre Thaten dieses Aufblühens aufs schwerste gehemmt und geschädigt haben.

Wenn die Unterzeichner des Ausrufs in diesem Punkte sicher gehen wollen, werden sie doch lieber statt des Herrn Brunzen und Genossen unsere erprobten bisherigen Stadtverordneten Bauer und Romnja wählen. Das werde ich auch thun.

Ein Danziger Bürger aus Abtheilung III Bezirk III.

Danziger Börse vom 10. November.

Beizen war auch heute in fester Tendenz bei gut behaupteten Preisen. Bezahl wurde für inländischen gutbunt 750 Gr. 161 Mk. bunt 740 Gr. 160 Mk. hellbunt 740 Gr. 161 Mk. 756 Gr. 161½ Mk. 766 Gr. 162 Mk. hochbunt beogen 758 Gr. 156 Mk. hochbunt 777 Gr. 165 Mk. weiß 768 Gr. 163 Mk. fein weiß 772 Gr. 166 Mk. 788 Gr. 167 Mk. roth beogen 761 Gr. 150 Mk. roth 772 Gr. 160 Mk. per Tonne.

Roggen matter. Bezahl ist inländischer 714, 732 744 Gr. 144 Mk. 699 und 732 Gr. 143 Mk. Alles per 714 per Tonne. — Gerste ist gehandelt inländ. große 698 Gr. 140 Mk. bessere 680 Gr. 141 Mk. 686 und 692 Gr. 146 Mk. per Tonne. — Hafer flau, inländ. 124, 128 Mk. per Tonne bezahlt. — Pferdebohnen inländische 130 Mk. per Tonne gehandelt. — Bohnen russ. zum Transit weiße 128 Mk. per Tonne bezahlt. — Hülsen russ. zum Transit Sommer 182 Mk. feine 195 Mk. per Tonne gehandelt. — Vetter russ. zum Transit befestigt 125, 135 Mk. per Tonne bezahlt. — Leinwand russ. 6,15 Mk. gestern 6,25 Mk. per 50 Kilogr. gehandelt. — Weizenkleie grobe 4,30 Mk. extra grobe 4,40 Mk. feine 4,40 Mk. feine befestigt 3,75 Mk. per 50 Kilogr. bezahlt. — Roggenkleie 4,20 Mk. per 50 Kilogr. gehandelt.

Spiritus matt. Contingentir loco 56,75 Mk. Br., nicht contingentir loco 37,50 Mk. Br., Novbr.-Mai 37,50 Mk. Br., 36,75 Mk. Ob.

Central-Vieh Hof in Danzig.

Auftrieb vom 10. November.

Bullen 12 Stück. 1. Vollfleischige Bullen höchsten Schlachtwerths — M. 2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere Bullen 26 M. 3. gering genährte Bullen 24 M. — Ochsen 13 Stück. 1. vollfleischige ausgewachsene Ochsen höchsten Schlachtwerths bis zu 6 Jahren — M. 2. junge fleischige, nicht ausgewachsene, ältere ausgewachsene Ochsen 27 M. 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere Ochsen — M. 4. gering genährte Ochsen jeden Alters — M. 5. Rüh 21 Stück. 1. vollfleischige ausgewachsene Ralben höchsten Schlachtwerths — M. 2. vollfleischige ausgewachsene Rüh höchsten Schlachtwerths bis zu 7 Jahren 29—31 M. 3. ältere ausgewachsene Rüh und wenig gut entwickelte Rüh und Ralben — M. 4. mäßig genährte Rüh und Ralben 22—23 M. 5. gering genährte Rüh und Ralben — M. 6. Ralber 16 Stück. 1. feinste Mastkalber (Vollmisch-Mast) und beste Gaughälber 41 M. 2. mittl. Mast-Ralber und gute Gaughälber 34—36 M. 3. gering Gaughälber — M. 4. ältere gering genährte Ralber (Freier) — M. 5. Schafe 73 Stück. 1. Mastlämmer und junge Mastlämmer 24 M. 2. ältere Mastlämmer — M. 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Mastschafe) — M. 4. Schweine 134 Stück. 1. vollfleischige Schweine im Alter bis zu 1½ Jahren — M. 2. fleischige Schweine 38—41 M. 3. gering entwickelte Schweine; sowie Sauen und Eber 35—37 M. — Ziegen. Alles pro 100 Pfund lebend Gewicht. Schlachtagang: schleppend.

Direction des Schlacht- und Viehhofes.

Verantwortlicher Redactor Georg Sander in Danzig. Druck und Verlag von S. L. Alexander in Danzig.

